

# MIGRATION UND BEVÖLKERUNG

NEWSLETTER

Ausgabe 5  
Mai 2011

## Europa: Reformdebatte zum Schengener Abkommen

Vor dem Hintergrund der Zuwanderung von Boatpeople aus Nordafrika ist in der Europäischen Union eine Debatte um eine Reform des Schengener Abkommens entbrannt. Frankreich und Italien forderten die zeitweise Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen. Auf einer Sondersitzung der EU-Innenminister sprach sich die Mehrheit für eine Flexibilisierung des Schengener Abkommens aus. Unterdessen kündigte die dänische Regierung die Wiedereinführung von Kontrollen an den Grenzen zu Deutschland und Schweden an und provozierte damit heftige Kritik.

Nach einem mehrwöchigen Streit über den Umgang mit den Boatpeople, die aus Tunesien nach Europa kommen (vgl. MuB 4/11), und die Auslegung des Schengener Abkommens einigten sich der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy (UMP) und der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi (PdL) bei einem Treffen am 26. April in Rom auf eine gemeinsame Position.

In einem Brief an den EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso und den EU-Ratspräsidenten Herman van Rompuy forderten sie eine Neu-

orientierung in der europäischen Migrations- und Grenzsicherungspolitik. Dem Schreiben zufolge streben beide Länder an, die Sonderklauseln des Schengener Abkommens für eine zeitlich begrenzte Wiedereinführung von Kontrollen an den EU-Binnengrenzen flexibler auszulegen.

Ebenso sprachen sich Berlusconi und Sarkozy für eine Stärkung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex aus. Sie forderten mehr Unterstützung für EU-Staaten, die besonders von undokumentierter Zuwanderung betroffen sind, sowie eine „starke, wenn nötig außerordentliche“ finanzielle Aufbauhilfe für die nordafrikanischen Mittelmeerränder. Schließlich forderten sie ein gemeinsames EU-Asylverfahren. Bislang ist nach den Bestimmungen der Dubliner Konvention in den meisten Fällen derjenige Staat für die Prüfung von Asylanträgen zuständig, über den ein Asylbewerber in die EU eingereist ist (vgl. MuB 9/09, 5/09). Eine vor allem von südeuropäischen Mitgliedstaaten geforderte gewichtete Verteilung der Asylsuchenden auf alle EU-Staaten wurde zuletzt auf einer Sitzung der EU-Innen- und Justizminister am 11. April abgelehnt.

**EU-Reaktionen:** Die EU-Kommission sprach sich zunächst entschieden gegen eine Veränderung des Schengener Abkommens aus. Ein Sprecher sagte: „Die Schengen-Regeln sind Teil der europäischen Verträge und diese kann man nicht ruhen lassen – sonst muss man die EU verlassen.“ Regierungsvertreter einzelner EU-Staaten signalisierten hingegen Unterstützung für die französisch-italienische Initiative.

Am 4. Mai stellte die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström eine „Mitteilung zur Migration“ vor, in der die EU-Kommission verschiedene Maßnahmen in der Migrationspolitik vorschlägt. Eine „zeitlich begrenzte Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen“ des Schengen-Raumes wird entgegen den vorherigen Verlautbarungen nun nicht mehr ausgeschlossen. Dies soll jedoch nur unter „sehr außerordentlichen Umständen“ möglich sein, etwa wenn ein Abschnitt der EU-Außengrenze unter besonders großem Druck stehe. Ein solcher Notmechanismus müsse jedoch absolute Ausnahme bleiben und auf

### Inhalt

<b>Europa: Reformdebatte zum Schengener Abkommen</b>	<b>1</b>
<b>Alleingang Dänemarks</b>	<b>2</b>
<b>Kurzmeldungen – Deutschland I</b>	<b>3</b>
<b>Deutschland:</b>	
<b>Jahresgutachten des Sachverständigenrats</b>	<b>3</b>
<b>Kurzmeldungen – Deutschland II</b>	<b>4</b>
<b>In der Diskussion: Auswanderung in die Türkei</b>	<b>5</b>
<b>Kurzmeldungen – Europa I</b>	<b>5</b>
<b>Kurzmeldungen – Europa II / Welt I</b>	<b>6</b>
<b>Kurzmeldungen – Welt II</b>	<b>7</b>
<b>Internetangebot, Literatur und Veranstaltungen</b>	<b>8</b>
<b>Zusätzlich auf <a href="http://www.migration-info.de">www.migration-info.de</a>:</b>	
<b>Deutschland: Arbeitsmarkt offen</b>	
<b>Deutschland: Visa-Warndatei</b>	
<b>Dänemark: Kontroverse um Einsparungen</b>	
<b>Argentinien: Mehr Zuwanderung</b>	
<b>UN: Weltbevölkerungsbericht</b>	

Dieses Projekt  
wird gefördert  
durch die

Ebene der EU überwacht werden. Die Europäische Union solle weiterhin „ein sicherer Zufluchtsort für Schutzbedürftige“ sein, so Malmström. Außerdem müssten die EU-Mitgliedstaaten an den Außengrenzen unterstützt, die Grenzschutzagentur Frontex gestärkt sowie weitere Rückübernahmeabkommen mit Drittstaaten abgeschlossen werden. Schließlich solle das seit langem geplante gemeinsame EU-Asylsystem vorangetrieben werden. Hier gibt es bislang keine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten.

Auf einer außerordentlichen Sitzung des Rats der EU-Innenminister am 12. Mai in Brüssel sprach sich die Mehrheit dafür aus, Kontrollen an den Schengen-Binnengrenzen künftig bei „starkem Migrationsdruck“ zuzulassen. Dies dürfe aber nur in besonderen Notfällen geschehen. Während der Sitzung wurde der dänische Alleingang zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen stark kritisiert (siehe Infokasten). Voraussichtlich wird der Beschluss der Innenminister den EU-Staats- und Regierungschefs auf ihrem nächsten Gipfeltreffen Ende Juni vorgelegt.

**Schengen-Kodex:** Nach den Schengen-Bestimmungen kann ein Mitgliedsland „im Falle einer schwerwiegenden Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder inneren Sicherheit“ Grenzkontrollen vorübergehend einführen (Grenzkodex Art. 23 (1)). Solche Maßnahmen dürfen maximal 30 Tage „oder für die vorhersehbare Dauer der schwerwiegenden Bedrohung“ verhängt werden. Diese Regelung wird beispielsweise bei sportlichen Großveranstaltungen wie Fußballwelt- und Europameisterschaften oder politisch sensiblen Konferenzen (etwa bei NATO-Gipfeln) angewendet. Ein temporärer Anstieg irregulärer Zuwanderung, wie im jetzigen Fall der Boatpeople aus Nordafrika, stellt nach bisheriger Einschätzung der EU-Kommission keine Gefahr für die öffentliche Ordnung dar.

**Reaktionen in Deutschland:** Die Bundesregierung signalisierte Unterstützung für den Vorstoß von Kommissarin Malmström und erklärte sich bereit, „gegebenenfalls einzelne Aspekte anzupassen“. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sprach sich vor der Sitzung der EU-Innenminister für eine Flexibilisierung des Schengener Abkommens aus: „Künftig sollte es möglich sein, auf außergewöhnlichen Migrationsdruck flexibel reagieren zu können“, so Friedrich.

Regierungssprecher Steffen Seibert stellte jedoch klar, dass die im Schengener Vertragswerk geregelte Reisefreiheit nicht zur Disposition stehe. Ähnlich äußerte sich Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP). SPD, Linke und Bündnis 90/Die Grünen kritisierten den Vorstoß aus Brüssel. Die SPD-Europaabgeordnete Birgit Sippel erklärte: „Das Flüchtlingsproblem an den Außengrenzen der EU lässt sich nicht durch die vorübergehende Einführung von Grenzkontrollen lösen.“ Der Linken-Bun-

## Alleingang Dänemarks

### Wiedereinführung dauerhafter Grenzkontrollen

Die dänische Regierung hat am 11. Mai überraschend die Wiedereinführung „permanenter Grenzkontrollen“ an den Landesgrenzen und Fährhäfen zu Deutschland und Schweden angekündigt. Nach Angaben von Integrationsminister Søren Pind (Venstre) würden lediglich Zollkontrollen, aber keine Pass- und Personenkontrollen durchgeführt werden. Dies stehe nicht im Widerspruch zum Schengener Abkommen, so Pind. Mit der Umsetzung sei bis Ende Mai zu rechnen.

In den vergangenen Wochen hatte die Vorsitzende der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei Pia Kjaersgaard wiederholt die Wiedereinführung von Grenzkontrollen gefordert, um die Einreise von „Kriminellen und illegalen Wirtschaftsflüchtlings aus Osteuropa“ zu unterbinden. Die dänische Minderheitsregierung aus rechtsliberaler Venstre und konservativer Volkspartei wird seit 2001 von der Dänischen Volkspartei toleriert (vgl. MuB 6/02).

Die EU-Kommission äußerte bereits Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme. Kommissionspräsident José Manuel Barroso erwägt Presseberichten zufolge eine Vertragsverletzungsklage. In zahlreichen EU-Staaten wurde der dänische Alleingang heftig kritisiert. [www.denmark.dk](http://www.denmark.dk)

destagsabgeordnete Andrej Hunko forderte „ein grundsätzliches Umsteuern der Migrationspolitik der Union und ihrer Mitgliedstaaten“, es sollten „die Menschen und ihre Grundrechte“ im Mittelpunkt stehen. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Jürgen Trittin gab zu bedenken, dass die Anzahl an Migranten, die Europa erreichten, „absolut lächerlich“ sei im Vergleich zur Zahl der Flüchtlinge, die derzeit in Ägypten und Tunesien ankämen.

**Dimensionen:** Seit Ausbruch der tunesischen Jamin-Revolution im Februar 2011 sind verschiedenen Angaben zufolge zwischen 23.000 und 29.000 zumeist tunesische Boatpeople illegal auf dem Seeweg nach Europa eingereist, vor allem nach Italien und Malta. Dem stehen laut EU-Kommission rund 650.000 Menschen gegenüber, die vor allem in Ägypten und Tunesien Zuflucht gefunden haben. Hier handelt es sich größtenteils um Libyer sowie Staatsbürger subsaharischer Staaten, die vor den anhaltenden Kämpfen in Libyen geflohen sind. Vor diesem Hintergrund forderte das UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR die Länder der Europäischen Union auf, schutzbedürftige Flüchtlinge aufzunehmen, die in Tunesien und Ägypten gestrandet sind. *sta*

Weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/malmstrom/news/default\\_en.htm](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/malmstrom/news/default_en.htm), [www.unhcr.ch](http://www.unhcr.ch)

## Deutschland: Jahresgutachten des Sachverständigenrats

**Nüchtern und pragmatisch bewerte die deutsche Bevölkerung die Migrationspolitik der vergangenen Jahre. Die Abwanderung von Fachkräften beurteile sie negativ und spreche sich mehrheitlich für eine stärkere Zuwanderung qualifizierter Kräfte aus. Zu diesen Ergebnissen kommt der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration in seinem zweiten Jahresgutachten und macht entsprechende Reformvorschläge.**

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) hat am 13. April in Berlin sein Jahresgutachten „Migrationsland 2011“ vorgestellt (vgl. MuB 5/10, 9/08). Das Gremium unter Vorsitz des Migrationsforschers Klaus J. Bade kommt darin zu dem Schluss, dass Deutschland mehr qualifizierte Zuwanderung als bisher brauche, um die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte aus Deutschland auszugleichen. Dieser Ausgleich sei notwendig, um ein weiteres Wirtschaftswachstum sowie den sozialverträglichen und langfristigen Umbau des Wohlfahrtsstaates zu ermöglichen, heißt es in dem Dokument.

**Migrationsbarometer:** Ähnlich wie im vergangenen Jahr legte der SVR seinem Gutachten eine Mehrthemenbefragung zugrunde. Befragt wurden 2.450 Personen, davon 70,8 % mit Migrationshintergrund, in den Regionen Rhein-Ruhr, Stuttgart, Rhein-Main und erstmals auch Berlin. Für Westdeutschland und Berlin sind die Ergebnisse repräsentativ.

Aus den Antworten leitet der SVR das gesellschaftliche Stimmungsbild zum Thema Migration ab, das so genannte Migrationsbarometer. Erfragt wurde nicht nur die subjektive Einschätzung der deutschen Migrationspolitik, sondern auch, welche migrationspolitischen Maßnahmen die Befragten mit und ohne Migrationshintergrund künftig als notwendig erachten.

Demzufolge ist die deutsche Bevölkerung über das tatsächliche Migrationsgeschehen in Deutschland besser informiert als angenommen. Etwa die Hälfte der Befragten weiß, dass sich Deutschland in den letzten Jahren vom Zuwanderungsland zum Abwanderungsland gewandelt hat. Knapp zwei Drittel der Befragten erkennen in dem negativen Wanderungssaldo mehrheitlich ein Problem. Damit sei die Bevölkerung offenbar weiter als Politik und Medien mit ihren „aufgeregt geführten“ Debatten.

Die Befragten mit und ohne Migrationshintergrund wünschen sich die verstärkte Zuwanderung

### Kurzmeldungen – Deutschland I

#### Legaler Zuzug ausländischer Pflegekräfte

Medienberichten zufolge haben sich die Unionsparteien auf ein Modell verständigt, wonach Pflegekräfte aus dem Nicht-EU-Ausland künftig legal in Deutschland arbeiten können. Ein Eckpunktepapier sieht vor, dass Angehörige von Pflegebedürftigen künftig Nicht-EU-Bürger legal anstellen können, wenn sie monatlich mindestens 800 Euro zahlen und ihnen ein eigenes Zimmer sowie kostenlose Verpflegung zur Verfügung stellen. Die Sozialversicherungsbeiträge der Pflegehelfer sollen dann aus den Mitteln der Pflegeversicherung bezahlt werden. Ein ähnliches Modell ist seit 2007 in Österreich in Kraft. In Deutschland sind insgesamt 2,2 Mio. Menschen pflegebedürftig, etwa 1,5 Mio. Menschen werden zuhause gepflegt. Schätzungen zufolge sind etwa 100.000 Personen allein aus Mittel- und Osteuropa im Bereich der häuslichen Pflege tätig (vgl. MuB 5/10, 5/09). Viele Familien greifen auf Pflegehelfer ohne Arbeitsgenehmigung zurück, weil sich die Pflegestufen am Grad der körperlichen Leistungsfähigkeit und nicht an der Fähigkeit, für sich selbst zu sorgen, orientieren. Die Union will daher auch den Begriff der Pflegebedürftigkeit neu definieren.

#### Aufenthaltstitel nach Einbürgerung ungültig

Aufenthaltstitel werden unwirksam, wenn es zu einer Einbürgerung kommt. Wird diese wegen Täuschung zurückgezogen, werden die zuvor geltenden Aufenthaltstitel nicht wieder automatisch in Kraft gesetzt. Dies entschied das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) Mitte April. In dem Fall ging es um einen aus Pakistan stammenden Kläger, dem wegen einer Ehe mit einer Deutschen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt worden war (Az. 1 C 2.10). Er verschwieg allerdings, dass er gleichzeitig in Pakistan verheiratet war. Dies stellten die Behörden erst nach der Einbürgerung fest, die sie daraufhin zurücknahmen. Weil er ein minderjähriges Kind in Deutschland hat, erteilten ihm die Behörden eine befristete Aufenthaltserlaubnis. Seine Klage auf Erteilung der vorherigen unbefristeten Aufenthaltserlaubnis blieb ohne Erfolg.

[www.bverw.de](http://www.bverw.de)

#### BaWü: Bilkay Öney wird Integrationsministerin

Die SPD-Politikerin Bilkay Öney ist Integrationsministerin der neuen grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg. Die ehemalige Parlamentarierin aus dem Berliner Abgeordnetenhaus wurde am 12. Mai für das neu geschaffene Ressort vereidigt. Eigentlich sollte die Innen- und Rechtspolitikerin Öney bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl am 18. September als Spitzenkandidatin im Bezirk Berlin-Mitte antreten. Bis 2009 war Öney Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen, danach wechselte sie zur SPD.

[www.baden-wuerttemberg.de](http://www.baden-wuerttemberg.de)

von Hochqualifizierten (ca. 58 %) sowie weniger Zuwanderung von Niedrigqualifizierten (ca. 70 %). Einer großzügigeren Aufnahme von Flüchtlingen

stimmte die Mehrheitsbevölkerung eher zu (48,5 %) als Personen mit Migrationshintergrund (40,9 %).

Die Befragung des SVR ergab außerdem, dass mit steigendem Bildungsniveau und besserer sozialer Lage die Bewertungsunterschiede zwischen Mehrheitsbevölkerung und Personen mit Migrationshintergrund abnehmen. Die wenig polarisierte Bewertung der deutschen Migrationspolitik der letzten zehn Jahre zeige, dass auf beiden Seiten „Migrationspragmatismus“ herrsche.

**Reformempfehlungen:** Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse des Migrationsbarometers forderte der SVR-Vorsitzende Klaus J. Bade „mehr Mut zu klaren und nachvollziehbaren Konzepten in der Migrationspolitik“. Die aktuelle Zuwanderung qualifizierter und hochqualifizierter Kräfte reiche nicht aus, um die umfangreiche Abwanderung von Fachkräften der letzten Jahre auszugleichen. An Staaten wie die Schweiz, Norwegen, Kanada oder die USA verliere Deutschland immer weiter Fachkräfte. Auf diese Entwicklung müsse mit einer Reform des Zuwanderungssystems reagiert werden.

Der SVR schlägt ein Drei-Säulen-Modell vor. Um Deutschland für ausländische Fachkräfte attraktiver zu machen, müsse zum einen die Mindesteinkommensgrenze zur Erlangung einer Niederlassungserlaubnis von 64.800 auf 40.000 Euro gesenkt werden. Als Zweites sollten ausländische Hochschulabsolventen statt einem künftig zwei Jahre Zeit haben, um in Deutschland einen Arbeitsplatz zu finden. Ferner sei aufgrund des hohen Arbeitskräftebedarfs in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) die Einführung eines flexiblen Punktesystems notwendig. Punkte sollten in den Kategorien Alter, Sprachkenntnisse, Ausbildung und Familienangehörige vergeben werden. Beim Erreichen einer bestimmten Punktzahl sollen MINT-Fachkräfte auch ohne Arbeitsvertrag nach Deutschland zuwandern können. Ein Punktesystem fordern Experten bereits seit Jahren (vgl. MuB 9/10, 8/09, 4/09).

**Flucht und Asyl:** In Europa müssten die Herausforderungen der irregulären Migration sowie der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden gemeinsam geschultert werden. Vor dem Hintergrund der politischen Umbrüche in Nordafrika spricht der SVR von der Notwendigkeit einer funktionierenden Lastenverteilung (vgl. MuB 2-4/11). Zugleich müssten die europäische Grenzsicherung sowie die Grenzschutzagentur Frontex einer demokratischen Kontrolle unterstellt werden, um das Prinzip der Humanität zu wahren und bedrohten oder verfolgten Menschen Schutz zu gewähren.

**Neue Herkunftsländer:** Der SVR geht in seinem Gutachten davon aus, dass das internationale Konkurrenz um Fachkräfte zunehmen wird. Zugleich werden sich auch neue Herkunftsländer wie z. B.

## Kurzmeldungen – Deutschland II

### SPD: Migrantenquote für Parteigremien

Die SPD will als erste Partei in ihren Führungsgremien eine Migrantenquote von 15 % einführen. Der SPD-Parteivorstand verabschiedete am 9. Mai ein entsprechendes Beschlusspapier. Die Landesverbände sollen dem Beispiel folgen. Als unmittelbar umzusetzende Mindestanforderung sollte in jedem Führungsgremium der Partei mindestens eine Person mit Migrationshintergrund als Vollmitglied oder kooptiertes Mitglied vertreten sein, heißt es in dem Beschluss weiter. Der Bundesvorstand nahm Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland und Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Integration und Migration der SPD, als kooptiertes Mitglied auf. Kolat hat in dieser Funktion ein Rederecht, aber kein Stimmrecht. Hintergrund ist die Einstellung des Parteiauschlussverfahrens gegen den ehemaligen Finanzsenator und Ex-Bundesbankvorstand Thilo Sarrazin (SPD), die u. a. SPD-Mitglieder mit Migrationshintergrund stark kritisiert hatten. Sarrazin hatte mit seinen umstrittenen Thesen zur Integration von Muslimen in Deutschland eine heftige Integrationsdebatte ausgelöst (vgl. MuB 1/11, 8/10, 9/09). [www.spd.de](http://www.spd.de)

### Radikaler Prediger ausgewiesen

Der radikal-islamistische Prediger Bilal Philips ist Mitte April ausgewiesen worden, nachdem er für eine Veranstaltung in der Frankfurter Innenstadt nach Deutschland gekommen war. Philips gilt als so genannter Hassprediger und hatte mit dem salafistischen Konvertiten Pierre Vogel bei einer umstrittenen Veranstaltung zum Thema „Islam – die missverstandene Religion“ vor rund 1.500 Menschen gesprochen. Nach dem aktuellen Auftritt musste er Deutschland innerhalb von drei Tagen verlassen. Die Begründung: Philips stelle in seinen Reden wesentliche Grundrechte und Verfassungsinhalte wie etwa die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von Homosexuellen in Frage. Salafistische Prediger wie Philips und Vogel tragen nach Einschätzung des Verfassungsschutzes mit ihrer demokratiefeindlichen Lehre zur Radikalisierung bei und streben einen islamischen Gottesstaat an (vgl. 8/04). [www.polizei.hessen.de](http://www.polizei.hessen.de)

Ägypten, Indien, Marokko oder Usbekistan etablieren. Neue Anwerbestrategien seien daher unabdingbar.

**Reaktion:** Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU) begrüßte die Ergebnisse des SVR-Jahresgutachtens. Es setze die richtigen Wegweiser. Der integrationspolitische Sprecher der FDP Serkan Tören sagte, dass die „Blockadehaltung von Teilen der Politik“ schade und „auf Unverständnis bei den Menschen und in der Wirtschaft“ stoße.

Der Sprecher für Migrations- und Integrationspolitik von Bündnis 90/Die Grünen Memet Kilic warf der Regierung „Konzeptlosigkeit“ vor und forderte

die Umsetzung der „kompetenten Empfehlungen“ des SVR.

**Konsensgruppe:** Vier der am SVR beteiligten Stiftungen (Mercator, Freudenberg, Körber, Vodafone) gründeten am 19. April eine „Hochrangige Konsensgruppe Fachkräftebedarf und Zuwanderung“. Unter dem Vorsitz von Armin Laschet (CDU) und Peter Struck (SPD) soll das parteiübergreifende Gremium bis zum Herbst 2011 einen für Bundestag und Bundesrat mehrheitsfähigen Vorschlag für eine Reform des Zuwanderungsgesetzes vorlegen. Der Geschäftsführer der Stiftung Mercator Bernhard Lorentz sagte, dass man das Gremium ins Leben gerufen habe, weil der Bedarf an gezielter Zuwanderung zwar zunehmend von allen Parteien akzeptiert werde, die Umsetzung der bekannten Lösungsvorschläge jedoch als „politisch heikel“ gelte. *th*

Weitere Informationen:

[www.svr-migration.de](http://www.svr-migration.de); [www.konsensgruppe.de](http://www.konsensgruppe.de)  
[www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

## In der Diskussion: Auswanderung in die Türkei

**Seit einigen Jahren erhält die Auswanderung von jungen, gut ausgebildeten Türkeistämmigen aus Deutschland ins Herkunftsland ihrer Eltern in den Medien viel Aufmerksamkeit. Problematisch erscheint dabei besonders, dass strukturell gut integrierte Migranten der zweiten Generation Deutschland freiwillig verlassen und ihre Arbeitskraft hier verloren geht. Zwar dürften bisherige Angaben zum tatsächlichen Auswanderungsverhalten überschätzt sein. Es gibt jedoch verschiedene Faktoren, die eine Zunahme dieser Auswanderung begünstigen.**

Verlässliche Daten zum Ausmaß der tatsächlichen Auswanderung junger hochqualifizierter Türkeistämmiger in die Türkei gibt es derzeit nicht. Laut amtlicher Statistik sinkt der Wanderungssaldo türkischer Staatsbürger seit 2002. Seit 2006 ist er negativ, d. h. es wandern mehr Türken aus als zu. Im Jahr 2009 verließen rund 35.000 türkische Staatsbürger die Bundesrepublik, während 27.000 nach Deutschland zogen.

Viele der türkeistämmigen Auswanderer dürften ehemalige Gastarbeiter sein, die ihren Lebensabend in der Heimat verbringen möchten. Allerdings sind darüber keine weiteren Angaben verfügbar, etwa zu ihrem Alter, ihrem Bildungsstand oder darüber, ob es sich um in Deutschland geborene oder zugezogene Personen handelt. Außerdem werden Eingebürgerte, ehemals türkische Staatsbürger, nicht

### Kurzmeldungen – Europa I

#### Italien: Keine Haft für Irreguläre

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat Ende April entschieden, dass Italien kein Recht hat, irreguläre Einwanderer zu inhaftieren, wenn sie sich ihrer Ausweisung entziehen (Az. C-61/11PPU). Im vorliegenden Fall ging es um einen Algerier, der illegal nach Italien eingewandert war. 2004 wurde er ausgewiesen, blieb aber im Land. 2010 entschieden die Behörden, dass der Mann das Land innerhalb von fünf Tagen verlassen müsse. Da er dieser Aufforderung nicht nachkam, verurteilte ihn ein Gericht zu einem Jahr Gefängnis. Dem EuGH-Urteil zufolge widerspricht eine Gefängnisstrafe den Zielen der EU-Politik. Migranten aus außereuropäischen Ländern, die sich illegal in der EU aufhalten, können zwar abgeschoben werden, dabei müssen aber ihre Grundrechte geachtet werden. Hierbei geht es vor allem um das Recht auf körperliche Unversehrtheit des Betroffenen. Nach Ansicht der Richter habe Italien die EU-Richtlinie über die Rückführung illegaler Einwanderer nicht korrekt umgesetzt. Italien muss durch das Urteil nun seine Rechtspraxis in vergleichbaren Fällen ändern.

<http://curia.europa.eu>

#### Ungarn: Gegen rechte Bürgerwehren

Das ungarische Parlament hat Anfang Mai ein Gesetz beschlossen, um die zunehmende Einschüchterung und Bedrohung von Roma durch so genannte Bürgerwehren einzudämmen. Das Gesetz wurde auf Initiative der regierenden Fidesz-Partei mit Unterstützung der Sozialisten und Grünen verabschiedet. In Ungarn gibt es offiziell anerkannte Bürgerwehren, die die Arbeit der Polizei unterstützen sollen. Mitglieder inoffizieller Bürgerwehren können künftig mit bis zu zwei Jahren Haft bestraft werden. Dies gilt auch für Personen, die Angehörige von „nationalen, ethnischen und religiösen Minderheiten“ einschüchtern. In den vergangenen Monaten waren wiederholt rechtsradikale Bürgerwehren in Roma-Siedlungen im Norden und Nordosten des Landes aufmarschiert und hatten Angst unter den Bewohnern ausgelöst.

[www.visegradgroup.eu](http://www.visegradgroup.eu), [www.errc.org](http://www.errc.org)

gesondert erfasst. 2009 sind rund 4.600 Deutsche in die Türkei ausgewandert, womit sich ein positiver Trend seit Beginn der 1990er Jahre fortschreibt.

Zugleich gab es zunehmende Einbürgerungen türkischer Staatsbürger, ihr Anteil an den deutschen Auswanderern in die Türkei ist jedoch unklar. Nimmt man beide Zahlen zusammen (35.000 und 4.600) und überschätzt damit das Phänomen bewusst, läge die Zahl der türkeistämmigen Auswanderer für 2009 bei knapp 40.000 Personen insgesamt.

Laut Mikrozensus haben 3,2 % der Personen mit türkischem Migrationshintergrund in Deutschland einen Hochschulabschluss. Bezogen auf rund 40.000 Auswanderer bedeutete dies, dass rund

**Kurzmeldungen – Europa II / Welt I****Belgien: Parlament beschließt Burkaverbot**

Das belgische Parlament hat Ende April einen Gesetzentwurf angenommen, der muslimischen Frauen das Tragen von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit verbietet (Az. 0219). Wer in der Öffentlichkeit dennoch Kleidungsstücke trägt, die das Gesicht ganz oder in Teilen verdecken, muss mit Strafen zwischen 15 und 25 Euro oder bis zu sieben Tagen Gefängnis rechnen. Einen entsprechenden Beschluss hatte das Parlament bereits vor einem Jahr gefasst (vgl. MuB 5/10), aufgrund der Regierungskrise konnte dieser aber nicht vom Senat beschlossen werden. Damit das Verbot in Kraft treten kann, muss der Senat dem Gesetzentwurf noch zustimmen. Belgien wäre dann nach Frankreich das zweite europäische Land, das den Ganzkörperschleier gesetzlich verbietet. In Frankreich ist das Burkaverbot seit April in Kraft (vgl. MuB 4/11, 6/10). [www.lachambre.be/FLWB/PDF/53/0219/53K0219005.pdf](http://www.lachambre.be/FLWB/PDF/53/0219/53K0219005.pdf)

**Finnland: Wahlerfolg**

Die nationalistische und rechtskonservative Partei „Wahre Finnen“ (Perussuomalaiset, kurz: PS) hat bei den Parlamentswahlen am 17. April 19 % der Stimmen erreicht und ist damit drittstärkste Kraft im Land. 2007 hatte die PS lediglich 4 % der Stimmen erhalten. Zusammen mit der Nationalen Sammlungspartei, die auf 20,4 % der Stimmen kam, und mit den Sozialdemokraten (19,1%) wird die PS voraussichtlich eine Regierung bilden. Im Wahlkampf hatte sich der Parteivorsitzende Timo Soini für eine Beschränkung der Einwanderung und gegen Rettungspakete der Eurozone für hoch verschuldete Staaten ausgesprochen. Sein Parteikollege Jussi Halla-aho sagte, er hoffe, dass sich Finnland auf den „dänischen Weg“ begeben, also eine äußerst restriktive Migrationspolitik verfolgen werde. <http://web.eduskunta.fi>

**Australien: Konflikte um Flüchtlingslager**

Vor dem Hintergrund anhaltender Proteste in mehreren Flüchtlingslagern hat die Labor-Regierung Ende April eine Gesetzesreform angekündigt. Danach erlischt ein eventueller Schutzanspruch eines Flüchtlings dann, wenn er wegen eines Gesetzesverstößes verurteilt wird. Einwanderungsminister Chris Bowen (Labor Party) erklärte, dass sich schwere Verstöße wie etwa Brandstiftung negativ auf den obligatorischen Charaktertest für Asylbewerber auswirken würden. Hintergrund des Gesetzesvorschlages sind erneute Proteste in Flüchtlingslagern, etwa auf den Weihnachtsinseln, in Sydney, in der Nähe von Melbourne sowie im westaustralischen Curtin. Die Proteste richteten sich gegen die Ablehnung von Asylanträgen sowie gegen die Praxis, Flüchtlinge bis zur endgültigen Asylentscheidung in gefängnisähnlichen Lagern monatelang zu internieren. In den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu Protesten (vgl. MuB 8/10, 10/09, 3/02). Rechtsanwälte sehen in der angekündigten Reform einen Verstoß gegen internationale Konventionen, da ein Schutzanspruch nur bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufgehoben werden dürfe. [www.immi.gov.au](http://www.immi.gov.au)

1.280 hochqualifizierte Türkeistämmige Deutschland 2009 in Richtung Türkei verlassen hätten.

Zu einer höheren Schätzung im Hinblick auf das Auswanderungspotenzial kommt die viel beachtete TASD-Studie (Türkische Akademiker und Studenten in Deutschland, Sezer/Daglar 2009), die sich konkret mit gut ausgebildeten Migranten türkischer Herkunft beschäftigt. Nach ihren Ergebnissen beabsichtigten 36 % der befragten 254 turkeistämmigen Akademiker und Studierenden im Alter von 19 bis 45 Jahren, in die Türkei auszuwandern. Die Stichprobe ist zwar nicht repräsentativ. Rechnet man aber hoch, wie viele Akademiker in absoluten Zahlen demnach auswanderungswillig sind, so wären es beachtliche 28.800. Hierfür ist laut Studie vor allem das „fehlende Heimatgefühl in Deutschland“ verantwortlich.

Diese Argumentation scheint zwar plausibel. Aufgrund der verwendeten Methodik sind allerdings wohl beide Werte überschätzt. Die Frage „Beabsichtigen Sie, in die Türkei auszuwandern?“ konnten die Befragten nur mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten, eine Differenzierung, eine neutrale Antwort oder die Nichtbeantwortung der Frage waren nicht möglich. So ist anzunehmen, dass sich hinter den bejahenden Antworten durchaus auch schwache Absichten verbergen können. Ebenso war bei den Gründen für die Auswanderungsabsicht nur eine Einfachnennung möglich, was den Sachverhalt stark verkürzt und auch verzerrt.

Die Datenlage in Deutschland ist insgesamt ungenügend. Belastbare Aussagen darüber zu treffen, wie hoch die Abwanderung hochqualifizierter Türken und ihrer Nachkommen ist, bzw. einzuschätzen, ob die Abwanderung zunimmt, ist nicht möglich. Jedoch gibt es verschiedene Faktoren, die eine Zunahme dieser Auswanderung wahrscheinlich machen. Das oben genannte Zugehörigkeitsgefühl spielt sicher eine gewisse Rolle. Seit mehreren Jahren gibt es hierzulande eine sehr intensiv geführte Integrationsdebatte mit einer negativen Problemfokussierung auf so genannte integrationsunwillige Migranten sowie auf die vermeintliche Unvereinbarkeit von Islam und Rechtsstaat. In der Debatte um das Buch und die Thesen des ehemaligen Berliner Finanzsenators und Ex-Bundesbankvorstands Thilo Sarrazin (SPD) hat sich dies noch einmal zugespitzt (vgl. MuB 1/11, 7/10).

Die Zuschreibung, als Migrant gehöre man einer Gruppe an, die anders und letztlich problematisch ist, führt bei den Betroffenen oft zu einer Abwehrreaktion. Angesichts der Allgegenwärtigkeit, die diese Debatten haben können, ist es nicht verwunderlich, dass viele resigniert über einen Rück- bzw. Wegzug nachdenken. Ironischerweise haben also diese Debatten u. a. zur Folge, dass die Auswanderung der faktisch sehr gut Integrierten wahrscheinlicher geworden ist.

Es gibt aber auch strukturelle Faktoren, die eine Zunahme wahrscheinlicher machen: Aus früheren Studien ist bekannt, dass Auswanderer in der Regel höher qualifiziert sind als Nichtmigranten (vgl. MuB 2/11). Hochqualifizierte wandern also per se häufiger aus, deutsche wie türkeistämmige. In dem Maße, in dem Türkeistämmige in Deutschland besser qualifiziert werden, steigt auch ihre Auswanderungsneigung (vgl. MuB 2/11, 9/09, 7/08).

Zudem hat sich die wirtschaftliche Situation in der Türkei in den letzten Jahren trotz Wirtschaftskrise positiv entwickelt. In den letzten zehn Jahren ist das Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich 4,6 % pro Jahr gewachsen und die Jobaussichten für junge Akademiker mit Auslandserfahrung sind sehr gut. Die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt war hingegen in den letzten Jahren insgesamt und besonders für Migranten eher schwierig.

Auch spielen soziale Netzwerke und Ressourcen bei der Auswanderung und der Integration im Ziel-land eine wichtige Rolle. Türkeistämmige Auswanderer können in der Regel auf Bekannte und Verwandte in der Türkei zurückgreifen, die bei der Wohnungs- und Arbeitssuche behilflich sein können.

Nicht absehbar ist, inwiefern die Auswanderung dauerhaft sein wird. Aus der Migrationsforschung ist bekannt, dass Migration oft keine einmalige und endgültige Entscheidung ist, sondern dass Migranten weiter- oder auch zurückwandern. Wie bei deutschen hochqualifizierten Auswanderern ist auch bei türkeistämmigen grundsätzlich davon auszugehen, dass ein Teil der Auswanderer wieder nach Deutschland zurückkehrt (vgl. MuB 2/11).

Aufenthaltsrechtliche Bestimmungen spielen dabei eine große Rolle. Möglicherweise hat die Mehrheit der Auswanderer einen gesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland, der eine Rückkehr prinzipiell erlaubt, und plant zunächst nur mittelfristig in der Türkei zu bleiben.

Die Dauerhaftigkeit der Auswanderung hängt aber auch mit den Bedingungen im Zielland zusammen. So gibt es in der Türkei trotz positiver wirtschaftlicher Entwicklung, vieler Gelegenheiten der persönlichen und beruflichen Entwicklung sowie politischer Reformen noch große gesellschaftliche Konflikte und politische Unsicherheiten. Sollte sich eine politische Krise anbahnen, so ist damit zu rechnen, dass viele der Auswanderer wieder zurückkehren. *Fatma Rebggiani, Diplom-Ökonomin, Bremen International Graduate School of Social Sciences*  
Weitere Informationen:

<http://tasd.futureorg.org>, [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) (Migrationsbericht 2009), Statistisches Bundesamt (2010): **Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2009 – Fachserie 1 Reihe 2.2.**, [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## Kurzmeldungen – Welt II

### Indonesien: Abkommen mit Taiwan

Vertreter indonesischer und taiwanesischer Behörden haben Ende April ein Abkommen zum Schutz indonesischer Arbeitsmigranten in Taiwan unterzeichnet. Mit etwa 161.000 Personen sind Indonesier die größte Gruppe unter den Arbeitsmigranten in dem ostasiatischen Staat. Der Großteil von ihnen arbeitet als Haushaltshilfe oder als Pflegekraft. Die taiwanesisische Regierung verpflichtet sich in dem Abkommen, für die Einhaltung zentraler Arbeitnehmerrechte zu sorgen. Dazu zählen monatliche Lohnzahlungen, Versicherungen sowie die Bezahlung von Überstunden. Die indonesische Regierung verpflichtet sich im Gegenzug, die Arbeitsmigranten besser vorzubereiten. Dazu sollen Sprachkurse eingeführt und der Gesundheitszustand der Migranten überprüft werden. Nach Angaben der indonesischen Industrie- und Handelskammer sind derzeit 11.180 Indonesier aufgrund rechtlicher Probleme, etwa des vorzeitigen Abbruchs von Arbeitsverträgen, von einer Abschiebung aus Taiwan bedroht.

### Syrien: Einbürgerung staatenloser Kurden

Seit Wochen demonstrieren Menschen in Syrien für den Rücktritt der Regierung und eine Demokratisierung des Landes, darunter auch viele Kurden. Es gab zahlreiche Tote. Anfang April hat die Regierung des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad beschlossen, staatenlose Kurden einzubürgern. Syrien hatte 1962 nach einer Volkszählung einem Teil der Kurden unter dem Vorwand der „illegalen Einwanderung“ die Staatsbürgerschaft entzogen. Nach verschiedenen Schätzungen leben im Land 1,75 bis 2,2 Mio. ethnische Kurden. Es wird geschätzt, dass rund 250.000 bis 300.000 Menschen nach dem neuen Gesetz eingebürgert werden könnten. Kurdische Interessenverbände sehen dieses Zugeständnis der Regierung als Versuch, die Kurden zu beschwichtigen. Die Staatsbürgerschaft sei wenig wert, wenn die kurdische Kultur und die Sprache weiter unterdrückt würden.

### Nigeria: 40.000 Menschen auf der Flucht

Infolge gewaltsamer Auseinandersetzungen nach der Präsidentschaftswahl in Nigeria Mitte April sind nach Angaben des Roten Kreuzes fast 40.000 Menschen auf der Flucht. Zudem seien mehr als 400 Menschen bei den Ausschreitungen verletzt und mindestens 80 Menschen getötet worden. Der Grund für die Unruhen ist die religiöse Spaltung des Landes. Befürworter des muslimischen früheren Militärmachthabers Muhammadu Buhari (Congress for Progressive Change, CPC) aus dem Norden Nigerias bekämpfen ihre politischen Gegner, nachdem die Wahlkommission den amtierenden Präsidenten Goodluck Jonathan (Democratic Party, PDP) zum Wahlsieger erklärt hatte. Jonathan ist Christ und stammt aus dem Süden des Landes. Dort wurden die Flüchtlinge nun in provisorischen Lagern untergebracht, in denen die Lebensbedingungen schlecht seien. Beobachter rechnen damit, dass die Gewalt noch Wochen andauern und weitere Menschen in die Flucht treiben könnte. [www.icrc.org](http://www.icrc.org)

## Internetangebot, Literatur und Veranstaltungen

### Neues Informationsangebot im Internet

#### „Learning Centre on Migration and Human Rights“

Das Netzwerk Migration in Europa e. V. stellt ein neues englischsprachiges Learning Centre auf dem Informationsportal [www.migrationeducation.org](http://www.migrationeducation.org) zur Verfügung. Es beinhaltet mehrere umfangreiche Lernmodule sowie weitere Materialien für die Gruppenarbeit mit jungen Menschen und Multiplikatoren zum Thema Migration und Menschenrechte im Europa des 20. und 21. Jahrhunderts.

[www.migrationeducation.org/33.0.html](http://www.migrationeducation.org/33.0.html)

### Literatur

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hg.):

#### Islam in Deutschland.

*Aus Politik und Zeitgeschichte*, APuZ 13-14/2011, Bestellnr. 7113, Download: [www.bpb.de/files/I1SYV6.pdf](http://www.bpb.de/files/I1SYV6.pdf)



### Veranstaltungen

**Kongress: Chancen eröffnen – Begabungen fördern: Bildung gerecht gestalten**

**Termin:** 19.-20.5.2011

**Ort:** Umweltforum Berlin (Pufendorfstr. 11)

**Veranstalter:** Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Bildung & Begabung

**Kontakt:** +49 (0)228 99515-571; Arne Busse, E-Mail: [arne.busse@bpb.de](mailto:arne.busse@bpb.de)

**Informationen:** [www.bpb.de/files/ADA07M.pdf](http://www.bpb.de/files/ADA07M.pdf)



### Nürnberger Tage für Integration:

#### Mittendrin und doch aneinander vorbei

**Termin / Ort:** 19.-20.5.2011, Nürnberg

**Veranstalter:** Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

**Kontakt:** +49 (0)911 943-4601, E-Mail: [pressestelle@bamf.bund.de](mailto:pressestelle@bamf.bund.de)

**Weitere Informationen:** [www.bamf.de](http://www.bamf.de)

### Konferenz: Migrantenorganisationen, ihre Förderung und Qualifizierung

**Termin / Ort:** 20.-21.5.2011, Berlin

**Veranstalter:** Paritätischer Gesamtverband in Kooperation mit dem Forum der Migrantinnen und

Migranten im Paritätischen

**Kontakt:** +49 (0)30 24636-437, Sergio Cortes, E-Mail: [sergio.cortes@paritaet.org](mailto:sergio.cortes@paritaet.org)

**Weitere Informationen:**

[www.migration.paritaet.org](http://www.migration.paritaet.org)

### Theaterfestival

#### ODYSSEE : HEIMAT - interkulturelles

#### Theaterfestival

**Termin / Ort:** 4.-12.6.2011, Bremerhaven

**Veranstalter:** Stadttheater Bremerhaven, in Kooperation mit dem Internationalen Theaterinstitut (ITI) und dem Deutschen Auswandererhaus Bremerhaven, gefördert durch die Kulturstiftung des Bundes

**Inhalt:** Zum ersten Mal findet das interkulturelle Theaterfestival «ODYSSEE : HEIMAT» statt. Gezeigt werden neben Eigenproduktionen Gastspiele, die sich mit der Thematik innerer und äußerer Migration auseinandersetzen. Flankiert wird das künstlerische Programm von einem Symposium zu den Themen Migration und Heimat. Das Internationale Theaterinstitut (ITI) wird im Rahmen des Festivals die Preisträger des Stückewettbewerbs «REFUGEEES/EXILE/IDENTITY/ MIGRATION» auszeichnen.

**Kontakt:** Natalie Driemeyer, E-Mail:

[Natalie.Driemeyer@magistrat.bremerhaven.de](mailto:Natalie.Driemeyer@magistrat.bremerhaven.de)

**Informationen / Karten:** Tel. +49 (0)471 49001

[www.stadtheaterbremerhaven.de](http://www.stadtheaterbremerhaven.de)

### Seminar: Inklusion und Migration im Bildungssystem

**Termin / Ort:** 10.-12.6.2011, Berlin

**Veranstalter:** Grüne Jugend

**Kontakt:** +49 (0)30 27594-095, E-Mail: [buero@gruene-jugend.de](mailto:buero@gruene-jugend.de)

**Weitere Informationen:** [www.gruene-jugend.de](http://www.gruene-jugend.de)

### Tagung: Sport und soziale Integration – Chancen, Probleme und Perspektiven für Städte und Kommunen

**Termin:** 28.-29.6.2011

**Ort:** Rathaus und Zeughaus, Stadt Augsburg

**Veranstalter:** Institut für Sportwissenschaft der Universität Augsburg in Kooperation mit der Stadt Augsburg sowie der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Sportämter (ABS)

**Kontakt:** +49 (0)821 598-2832, E-Mail:

[tagung@sport.uni-augsburg.de](mailto:tagung@sport.uni-augsburg.de)

**Weitere Informationen:**

[www.sport.uni-augsburg.de](http://www.sport.uni-augsburg.de)

## Impressum

**Herausgeber:** Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 (0)30 4563173, E-Mail: [mub@migration-info.de](mailto:mub@migration-info.de); ISSN: 1435-7194

**Redaktion:** Marcus Engler & Antje Scheidler (verantw.), Stefan Alscher, Barbara Bills, Thomas Hummitzsch, Ulrike Pape, Jan Schneider, Anne Stalfort, Christoph Wöhrle

**Redaktionsschluss:** 12.5.2011 **Bestellung:** [www.migration-info.de/mub\\_abo.php](http://www.migration-info.de/mub_abo.php)

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb wieder.